



ONLINE

DOKUMENTATION

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Oktober 2009

www.kas.de

Frauen in Brasilien

EIN AKTUELLES BILD WEIBLICHER PARTIZIPATION IN DER POLITIK

Aline Bruno Soares¹

Die politische Partizipation von Frauen in Brasilien ist nach wie vor recht zaghaf.

1932 erlangten die brasilianischen Frauen das nationale Wahlrecht. Dieses Recht war aber auf verheiratete Frauen (Einwilligung des Ehemanns vorausgesetzt), Witwen und Alleinstehende mit eigenem Einkommen beschränkt. Die Wahlpflicht wurde für Frauen erst 1946, mit Inkrafttreten der neuen Verfassung, eingeführt. Die weitere Entwicklung ging nur schleppend voran. Erst 1982 kam mit Maria Esther Figueiredo Ferraz die erste weibliche Ministerin ins Bundesministerium für Erziehung. Heutzutage verfügt Brasilien über eine solide Demokratie und Machtwechsel stellen keine Risiken für die Legitimität des politischen Systems oder der Institutionen dar. Dennoch sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern evident. Die Aufstiegschancen sind für Frauen bei weitem geringer als für Männer und auch die gesellschaftliche Rolle der Frau im Allgemeinen hat sich in den vergangenen Jahrzehnten nicht sehr stark verändert.

Auf dem Arbeitsmarkt sind Frauen in allen Bereichen vertreten. Sie haben eine wichtige wirtschaftliche Rolle, aber dennoch arbeiten sie oft in weniger einkommensstarken Sektoren und erhalten (in absoluten Werten) weniger Einkommen als die Männer. Nach einer Studie des Bundesarbeitsministeriums von 2006 erhalten Frauen, trotz höherem Bildungsgrad, bei gleicher Arbeit wie ihre männlichen Kollegen durchschnittlich 19% weniger Lohn.

Die Erwerbstätigkeit der Frauen wird noch immer als komplementär zum männlichen Einkommen gewertet. Die zukünftige Entwicklung und damit die weitere Angleichung der Löhne auf dem Arbeitsmarkt wird aber positiv gesehen, da die Frauen an



den Universitäten in der Mehrzahl sind und immer stärker für ihre Rechte eintreten.

2006 wurde ein Gesetz² zur Verfolgung häuslicher Gewalttaten verabschiedet, um diesen Vergehen besser nachgehen und einen besseren Schutz der Opfer garantieren zu können. Alle 15 Sekunden wird in Brasilien eine Frau von Personen aus dem eigenen Familienkreis misshandelt. Gewalt in der Familie und die Beibehaltung der alten patriarchalischen Strukturen erschweren den Weg zur Gleichberechtigung.

Trotz der beruflichen Aktivität der Frauen außerhalb des Hauses wird die geschlechterspezifische Trennung der häuslichen Pflichten beibehalten. Daher sind berufstätige Frauen auch weiterhin für die Betreuung der Kinder, der älteren und der erkrankten Familienmitglieder, sowie für die Erledigung der häuslichen Pflichten zuständig. In den letzten Jahren konnten in diesem Bereich aber schon Verbesserungen beobachtet werden.

Die brasilianische Zivilgesetzgebung garantiert die Gleichberechtigung der Geschlechter seit 2002. Der Mann gilt nun nicht mehr als Familienoberhaupt und die Verantwortungen, die aus dem gemeinsamen Zusammenleben entstehen, sollten von beiden Geschlechtern gleichermaßen übernommen werden.

Studien der IPEA³ aus dem Jahr 2008 belegen, dass sich Frauen im Durchschnitt 28 Std. pro Woche der unentgeltlichen häuslichen Arbeit widmen, Männer hingegen höchstens 10 Std. Für vollzeitbeschäftigte Frauen bleibt somit kaum noch Zeit für persönliche Aktivitäten.

Dies scheinen die primären Gründe dafür zu sein, dass sich so wenige brasilianische Frauen in der, von Männern dominierten, Politik engagieren. Es wurde daher eine spezielle regierungsnahе Geschäftsstelle geschaffen, um die Beteiligung der Frauen an der Politik zu fördern. Der Zugang der Frauen zur Staatspolitik soll verbessert und außerdem den politischen Anliegen der Frauen in allen Bereichen der Regierung mehr Gewicht verliehen werden. Die Schaffung einer solchen Institution zeugt von Veränderungswillen, die politische Realität in Brasilien ist aber noch weit entfernt von der Realisierung dieser ambitionierten Ziele. Konservative und traditionelle Sichtweisen überwiegen immer noch zu stark und verhindern eine grundlegende Veränderung in dieser Männerdomäne.

2 „das Gesetz der Maria da Penha“, Lei 11.340

3 staatliches Forschungsinstitut für angewandte Statistik



Ein weiteres Gesetz, das noch nicht zufriedenstellend angewendet wird, sieht eine Quote von 30% für beide Geschlechter bei der Kandidatur um politische Ämter vor.⁴ Während ähnliche Gesetze in anderen Ländern die erhofften Effekte erzielten, blieb das Gesetz in Brasilien unbeachtet. Dies liegt u.a. an den fehlenden Konsequenzen bei Nichteinhaltung. So werden keinerlei Strafen oder Sanktionen von Seiten des Obersten Wahlgerichtes verhängt, falls die Parteien sich nicht an die Quotenregelung halten. Das Gesetz ist auch deshalb ineffektiv, weil es die Anzahl der Kandidaten nicht beschränkt. So ist es möglich, einfach die Zahl der Kandidaturen zu erhöhen, wodurch, relativ gesehen, die Wahrscheinlichkeit der Frauen gewählt zu werden sinkt. Um eine größere Beteiligung der Frauen zu garantieren, müsste sich die Quote auf die tatsächlich vorhandenen Sitze beziehen und nicht bloß auf die Kandidaturen. Durch eine stärkere Präsenz von Kandidatinnen würde dem Wahlkampf ein ganz anderes Gesicht verliehen.

Zum Beispiel wird unten eine Kandidatenliste aus dem Wahljahr 2006 aufgeführt: Es wird auf keiner Ebene, sei es Bundesregierung, Senat, Abgeordnetenversammlung, Landesregierung oder Landrat, die Frauenquote von 30% eingehalten. Die Parteien missachten das Gesetz einfach, da keine Sanktionen zu befürchten sind.

UF	Qt Masc	% Masc	Qt Fem	% Fem	Qt NI	Qt Tot
ACRE	1.223	81,21	283	18,79	0	1.506
ALAGOAS	5.060	77,26	1.489	22,74	0	6.549
AMAPÁ	1.142	76,44	352	23,56	0	1.494
AMAZONAS	5.153	79,36	1.340	20,64	0	6.493
BAHIA	23.302	79,45	6.028	20,55	0	29.330
CEARÁ	8.810	78,70	2.385	21,30	0	11.195
ESPÍRITO SANTO	5.457	79,87	1.375	20,13	0	6.832
GOIÁS	12.445	79,28	3.253	20,72	0	15.698
MARANHÃO	11.815	76,16	3.698	23,84	0	15.513
MATO GROSSO	6.913	79,04	1.833	20,96	0	8.746
MATO GROSSO DO SUL	3.963	75,43	1.291	24,57	0	5.254
MINAS GERAIS	47.630	80,46	11.569	19,54	0	59.199
PARÁ	10.889	77,13	3.228	22,87	0	14.117
PARAÍBA	7.660	78,54	2.093	21,46	0	9.753
PARANÁ	20.488	79,46	5.295	20,54	0	25.783
PERNAMBUCO	10.871	79,83	2.746	20,17	0	13.617
PIAUÍ	6.840	80,79	1.626	19,21	0	8.466
RIO DE JANEIRO	11.565	76,24	3.605	23,76	0	15.170

⁴ Lei 9.100 (1995) "Lei de Cotas", 1997 neuformuliert: Lei 9.504



RIO GRANDE DO NORTE	5.530	77,87	1.572	22,13	0	7.102
RIO GRANDE DO SUL	18.482	79,62	4.731	20,38	0	23.213
RONDÔNIA	3.536	77,90	1.003	22,10	0	4.539
RORAIMA	1.003	77,57	290	22,43	0	1.293
SANTA CATARINA	11.551	81,32	2.654	18,68	0	14.205
SÃO PAULO	48.196	76,46	14.837	23,54	0	63.033
SERGIPE	3.573	77,19	1.056	22,81	0	4.629
TOCANTINS	5.339	77,76	1.527	22,24	0	6.866
TOTAL	298.436		81.159		0	379.595

Fonte: Tribunal Superior Eleitoral, disponível em http://www.tse.jus.br/internet/eleicoes/estatistica2008/est_cand/partido_sexo.htm acessado em 17.06.2009

Bei genauerer Betrachtung der Statistiken wird die alarmierende Situation deutlich: Momentan werden nur 3 der 27 Bundesstaaten von weiblichen Gouverneuren regiert; es gibt 2 Staatsministerinnen; nur 46 weibliche Bundesabgeordnete von insgesamt 513 (9%) und 11 Senatorinnen von 81. Auch in den einzelnen Bundesländern ist die Zahl der weiblichen Abgeordneten nur leicht höher (11,9%), die Zahl der Bürgermeisterinnen liegt bei 9% und in den Stadträten liegt die weibliche Beteiligung bei 12,65%.

Bei diesen Zahlen wird klar, dass ein weiterer Abbau der Differenzen zwischen Frauen und Männern in der Politik nur im Zeitraum von mehreren Dekaden zu erwarten ist. Ein weiteres Problem stellt die Finanzierung des Wahlkampfes dar. Viele Frauen erhalten weder von ihren Parteien noch von öffentlichen Stellen finanzielle Unterstützung. Fälschlicherweise wird bei der öffentlichen Diskussion der Problematik die Schuld oft bei den Frauen selbst ausgemacht, obwohl es sich um ein strukturelles Problem handelt.

Angesichts der zahlreichen schon genannten Hemmnisse, (sei es im Arbeitsalltag, in der Entlohnung, der Doppelbelastung durch Familie und Beruf, durch die geringeren Aufstiegsmöglichkeiten, durch Vorurteile, etc.) ist es verständlich, dass es viele brasilianische Frauen bevorzugen, sich in anderen Bereichen, außerhalb der politischen Strukturen, zu engagieren.

Viele Frauen schließen sich, wie auch immer mehr junge Menschen in Brasilien, sozialen Bewegungen an. In diesen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die auf der lokale Ebene arbeiten, können die Frauen ihren Forderungen mehr Nachdruck verleihen und sich freier entfalten. Durch diese Bewegungen ist der Kampf für mehr Rechte der Frauen in den letzten Jahren verstärkt worden und es konnten schon einige der Forderungen der Frauen erfüllt werden, ohne dass der langwierige formelle Weg durch die politischen Instanzen gegangen werden musste. Die Daten über Frauen in der Politik belegen auch, dass viele Frauen den Einstieg in die Politik über die politische Arbeit in zivilen Organisationen geschafft haben. Viele politisch engagierte



Frauen arbeiten zunächst auf der regionalen Ebene, darauf folgt oft die Führung einer größeren politischen Gruppierung. Durch diese Arbeit sind die Frauen mit den Funktionsweisen der politischen Institutionen vertraut und schaffen es letztendlich auf Umwegen bis zur Kandidatur um ein politisches Amt.

Leider sind die vielen zivilen Initiativen noch zu vereinzelt und zu schwach, um die politische Realität des Landes zu verändern. Es ist noch mehr öffentlicher Druck, ein stärkeres Interesse der Staatspolitik und eine effektivere Gesetzgebung notwendig, um die Parteien zu einer stärkeren Öffnung für die Frauen zu bewegen. Nur so können effektiv bessere Bedingungen für mehr weibliche Kandidatinnen bei Wahlen für politische Ämter geschaffen werden.

Es gilt auch zu beachten, dass eine stärkere Beteiligung der Frauen an der Politik nicht gleichbedeutend mit der Verbesserung der Bedingungen der Frauen im Allgemeinen ist. Die Staatspolitik muss mehr Interesse an den speziellen Bedürfnissen der Frauen zeigen.

Oft ist zu beobachten, dass die politisch aktiven Frauen aus Familienklans mit langer politischer Tradition stammen. Für sie ist es, durch die Unterstützung der Partei und der familiären Beziehungen, leichter, höhere Ämter zu bekleiden. Dies führt oft dazu, dass diese Politikerinnen die politischen Interessen der konservativen Klientel vertreten, anstatt für mehr Gleichberechtigung einzutreten.

Viele Parteien verweisen auf diese Frauen in hohen Ämtern, wenn es um die Frage der Gleichberechtigung geht.⁵ Eine solche Art der Entwicklung kann nicht dazu beitragen, die patriarchalischen Machtstrukturen in der Politik in Frage zu stellen.

Diese patriarchalischen Praktiken und das damit verbundene Verständnis von Politik sind in der brasilianischen Kultur fest verankert. Dadurch wird faktisch der gesamte öffentliche Bereich zur Männerdomäne erklärt und durch die Beibehaltung der traditionellen Rollenverteilung werden die herrschenden Vorurteile über Generationen weitergetragen. Diese Fakten lassen viele Frauen davor zurückschrecken, eine Karriere in einer öffentlichen Institution zu wagen.

In Meinungsumfragen stellte sich heraus, dass die Mehrzahl der Brasilianer davon ausgeht, dass männliche Politiker nicht im Interesse der Bürger handeln, sondern ihre eigenen Interessen verfolgen. Sie werden als unfähig angesehen, die gesellschaftlichen Probleme in Brasilien lösen zu können.

⁵ BATISTA, 2008



Die Befragten gaben des Weiteren an, dass sie Frauen in der Politik als arbeitsamer einschätzen und dass Frauen, eher als Männer, unter ethischen Gesichtspunkten handeln würden.

Um die Problematik abschließend mit den Worten der Richterin Maria Berenice Dias zusammenzufassen:

„Es reicht nicht aus, eine Frau zu sein, um die Bedingungen der Frauen in der brasilianischen Politik zu verbessern. Es ist nötig, die gesamte Politik aus der Sicht einer Frau zu betrachten. Nur so ist eine Veränderung möglich und die weibliche Beteiligung an der Politik wäre eine wahre Eroberung und nicht ein Zugeständnis.“⁶

Es ist in Brasilien noch ein weiter, steiniger Weg bis die Frauen gleichberechtigt an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden, sei es im wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Bereich.

⁶ Dias, Maria Berenice: Conservando sobre a mulher e seus direitos, Livraria do Advogado Editora, Porto Alegre 2004.



Quellenangabe (Juni 2009):

Dias, Maria Berenice. Conservando sobre a mulher e seus direitos. Porto Alegre: Livraria do Advogado Editora, 2004.

<http://www.scielo.br/pdf/ref/v9n1/8609.pdf>

<http://www.universia.com.br/materia/materia.jsp?id=9813>

<http://www.espacoacademico.com.br/037/37cferreira.htm>

<http://www2.fpa.org.br/portal/modules/news/article.php?storyid=4383>

<http://oglobo.globo.com/pais/mat/2007/03/08/294842831.asp>

http://www.cedeplar.ufmg.br/demografia/dissertacoes/1993/leonora_cruz_santos.pdf

http://www.ipea.gov.br/sites/000/2/pdf/081216_retrato_3_edicao.pdf

<http://www1.folha.uol.com.br/folha/brasil/ult96u367001.shtml>

http://www.mulheresnobreasil.org.br/pdf/PMB_Cap2.pdf

http://www.scielo.br/scielo.php?pid=S0104-62762008000200004&script=sci_arttext

http://www.ie.ufrj.br/aparte/pdfs/mulheres_na_politica_reduzem_a_pobreza_jan08.pdf

http://200.130.7.5/spmu/docs/indic_sociais2007_mulher.pdf

http://www.sinsesp.com.br/index.php?option=com_content&view=article&id=74:novo-codigocivil&catid=69:leg-geral&Itemid=28

http://www.fazendogenero8.ufsc.br/sts/ST29/Camilla_Lima_Batista_29.pdf

<http://oglobo.globo.com/opiniao/mat/2009/06/22/que-esta-em-jogo-a-qualidade-da-democracia-brasileira-756448237.asp>